

Bürgermeister-Wahl in Ludwigshafen

# AfD-Kandidat ausgeschlossen

Der AfD-Politiker Joachim Paul darf nicht bei der OB-Wahl in Ludwigshafen antreten. Grund sind die Äußerungen und Auftritte des Landespolitikers.



So zeigte sich der AfD-Politiker Joachim Paul während einer Debatte im Landtag Rheinland-Pfalz im November 2020 Foto: Torsten Silz/imago

Von **Andreas Speit**

HAMBURG *taz* | Joachim Paul ist raus. Der Wahlausschuss in Ludwigshafen untersagte dem AfD-Politiker am Dienstag die Kandidatur für die Oberbürgermeisterwahl. Grund: Zweifel an der Verfassungstreue des rheinland-pfälzischen Landtagsabgeordneten.

Vor der Entscheidung hatte die scheidende Oberbürgermeisterin Jutta Steinruck das Landesinnenministerium um eine Einschätzung zu Paul gebeten. Dieses verwies auf verschiedene Äußerungen und Auftritte des AfD-Politikers. Der Landtagsabgeordnete gehört der Alten Breslauer Burschenschaft der Raczecks in Bonn an, die 2011 im Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ durchsetzen wollte, dass nur Männer „deutschen Stammes“ Mitglied werden dürfen.

Das Ministerium nannte zudem Pauls Auftritt bei Compact TV im Februar 2025. Das Magazin gilt laut Verfassungsschutz als rechtsextrem. Weiterhin unterstützte Paul Veranstaltungen der rechtsextremen Identitären Bewegung und traf sich mit deren führendem Kopf Martin Sellner. Sellner warnt vor einem „großen Austausch“ der Bevölkerung und fordert eine „Remigration“. Auch Paul sprach bereits von einem „Bevölkerungsaustausch“.

Der AfD-Politiker selbst äußerte sich noch am Tag der Entscheidung auf X. In einem Video

erklärte der 55-Jährige: „Liebe Ludwigshafener, ich hätte gerne für euch Politik gemacht.“ Die Wähler seien nun um „ihre Stimme betrogen“. Die Wahl sei keine echte Wahl mehr. Das „Altparteienkartell“ interessiere sich nur noch für „Pfründe, Macht und Geld“ und bemühe sich nicht mehr um die Demokratie. Wir leben eigentlich gar nicht mehr in einer Demokratie“, betonte er in dem über zwei Minuten langen Clip. Die Vorwürfe stellt er als „hanebüchen“ dar.

## **Paul soll auch für NPD-nahe Zeitschrift geschrieben haben**

Von rechten Medien wie *Compact*, *Junge Freiheit* und „Nius“ regte sich nach der Entscheidung des Wahlausschusses sofort Widerspruch. In den sozialen Medien wetterten AfD-Politiker\*innen gegen die Entscheidung, Paul nicht zur Wahl am 21. September zuzulassen. „Schwarzer Tag für die Demokratie“, postete Nicole Höchst, AfD-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Landesvorsitzende in Rheinland-Pfalz.

### Schon 2019 löst Pauls mögliche Nähe zur rechtsextremen Szene im Landtag Kritik aus.

Der frühere Lehrer soll unter einem Pseudonym für ein NPD-nahes Theorieorgan geschrieben haben. Interne Unterlagen, die der taz vorliegen, legen nahe, dass er für die inzwischen eingestellte Zeitschrift „hier & jetzt – radikal rechte zeitschrift“ tätig war. In E-Mails mit einem der Redakteure nutzte ein „Paul“ die Adresse blackshirt@hushmail.com. Dieselbe

Adresse taucht auf einer Teilnehmerliste eines Strategieworkshops der Deutschen Burschenschaft 2010 auf. Paul bestritt die Autorenschaft, drohte der taz aber rechtliche Schritte an.

Nun will Paul juristisch gegen die Nichtzulassung vorgehen. Er sieht darin den Versuch, einen erfolgreichen Konkurrenten der „Altparteien“ auszuschalten. Bei der Bundestagswahl hatte die AfD in Ludwigshafen bei den Zweitstimmen die CDU überholt. Seiner Linie bei Auftritten bleibt der AfD-Politiker indes treu: Am 9. August tritt er auf dem Sommerfest von *Compact* als Redner auf. Das Magazin nennt ihn ein „Symbol des demokratischen Widerstands gegen die Diktatur“.

**Themen** [#Ludwigsburg](#) [#AfD](#) [#Compact](#)  
[#Oberbürgermeister](#) [#Ausschluss](#)

**Feedback** [Kommentieren](#) [Fehlerhinweis](#)

**Diesen Artikel teilen**

